

# Deutsche Türkeipolitik unter Merkel: eine kritische Bilanz

Rosa BURÇ

Burak ÇOPUR

September 2017

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das Ifri Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (Ifri-Bruxelles) positioniert sich das Ifri als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der **Robert Bosch Stiftung**.

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères et du Développement international gefördert.

ISBN : 978-2-36567- 774-5

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2017

#### **Diese Veröffentlichung zitieren:**

Rosa Burç und Burak Çopur, „Deutsche Türkeipolitik unter Merkel: eine kritische Bilanz“, *Notes du Cerfa*, n° 140, Ifri, September 2017.

#### **Ifri**

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tél. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

E-mail : [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

#### **Ifri-Bruxelles**

Rue Marie-Thérèse, 21 1000 – Brüssel – BELGIEN

Tél. : +32 (0)2 238 51 10 – Fax : +32 (0)2 238 51 15

E-mail : [bruxelles@ifri.org](mailto:bruxelles@ifri.org)

**WebSite:** [ifri.org](http://ifri.org)



## ***Notes du Cerfa***

Die Reihe *Notes du Cerfa* erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die *Notes du Cerfa* bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die *Visions franco-allemandes*, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

## **Das Cerfa**

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland der DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et du Développement international und das Auswärtige Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Dr. Barbara Kunz und Prof. Dr. Hans Stark sind Herausgeber der Publikationen des Cerfa. Katja Borck ist Projektmanagerin. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

# Über die Autoren

**Rosa Burç** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Sie lehrt und promoviert am Lehrstuhl für Regierungslehre. Weitere Informationen und Publikationen sind zu finden auf ihrer Homepage unter: [www.politik-soziologie.uni-bonn.de](http://www.politik-soziologie.uni-bonn.de).

**Burak Çopur** ist promovierter Politikwissenschaftler, Türkei-Experte und Migrationsforscher und lehrt am Institut für Turkistik der Universität Duisburg-Essen. Weitere Informationen und Publikationen sind zu finden auf seiner Homepage unter: [www.burak-copur.de](http://www.burak-copur.de).

# Zusammenfassung

Ob Forderungen des türkischen Staatspräsidenten nach Bluttests für türkeistämmige Bundestagsabgeordnete oder Nazi-Vergleiche aus Ankara: heute sind die deutsch-türkischen Beziehungen an einem historischen Tiefpunkt angekommen und das Vertrauensverhältnis ist weitestgehend zerrüttet. Mit Blick auf die angekündigte Neuausrichtung der deutschen Türkeipolitik vom 20. Juli 2017 ist zudem noch unklar, in welche Richtung sich das bilaterale Verhältnis zwischen Berlin und Ankara langfristig entwickeln wird. Was die europäisch-türkischen Beziehungen angeht, gleichen sie schon jetzt einem Scherbenhaufen. Das war nicht immer so: Der Zeitraum von der Anerkennung der Türkei als offiziellem EU-Beitrittskandidat bis zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen (1999-2005) umfasst nicht nur die goldenen Jahre der europäisch-türkischen, sondern auch die der deutsch-türkischen Beziehungen. Die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder/Fischer war damals treibende Kraft dieser Entwicklung.

Nach dem deutschen Regierungswechsel 2005 und dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Merkel wurde die Türkei größtenteils wieder ihrem eigenen Schicksal überlassen, obwohl es auf kurze Sicht gar nicht um die EU-Mitgliedschaft der Türkei, sondern um die Demokratisierung und Modernisierung des Landes ging. Insbesondere Paris und Berlin hatten die Türkei immer wieder zurückgewiesen – selbst zu einem Zeitpunkt, zu dem sich das Land in Richtung Demokratie entwickelte. Damit tragen Deutschland und die EU eine Mitverantwortung an der aktuellen Krise mit der Türkei und dem Vertrauensverlust zwischen Ankara und dem Westen. Wenn Berlin heute so wenig auf Ankara einwirken kann, dann steht das auch im Zusammenhang mit der fehlenden konzeptionellen Türkeipolitik der Bundesregierung Merkel, die im Weiteren einer kritischen Bilanz unterzogen wird.

Sowohl Merkel als auch Erdoğan verpassten mit ihrer fehlgeleiteten Türkei- beziehungsweise Europa-Politik eine historische Chance. Die deutsche Bundeskanzlerin verlor durch den unglaubwürdigen Ansatz einer „privilegierten Partnerschaft“ den Einfluss auf ein derart wichtiges Land wie die Türkei, die sich in der Flüchtlingsfrage zu einem Schlüsselland entwickelte. Staatspräsident Erdoğan hingegen vertat mit seiner sunnitisch-islamischen Ausrichtung der Außenpolitik die Chance, sein Land zu einem Modell für den Nahen Osten aufzubauen, das Islam und Demokratie harmonisch miteinander verbindet und damit internationales Ansehen genießt.

Redaktionsschluss für diese Note du Cerfa war im Juli 2017.

# Abstract

Turkish President Erdoğan demanding blood tests for German MPs with Turkish origin or Nazi comparisons coming from Ankara: German-Turkish relations have reached rock bottom and bonds of trust between both countries are almost completely disrupted. Considering Germany's announcement of a reorientation of its policy towards Turkey on 20<sup>th</sup> of July 2017, it is yet unclear how bilateral relations between Berlin and Ankara will develop in the future. European-Turkish relations however are already in shambles. This was not always the case: The years following the recognition of Turkey as a pre-accession country up to the beginning of the accession negotiations (1999-2005) can not only be described as the golden years of European-Turkish, but also of German-Turkish relations. The red-green federal government under Schröder/Fischer was the driving force behind this development.

Although the main short-term aim was not the accession to the EU but the democratization and modernization of Turkey, Turkey was to a great extent abandoned to its own fate after the change of government in Germany and the inauguration of Federal Chancellor Merkel in 2005. Paris and Berlin in particular rejected Turkey repeatedly – even at a time when the country was developing towards democracy. Therefore both Germany and the EU have their share of responsibility in the current crisis and in the loss of trust between Turkey and the West. Berlin's limited influence on Ankara today is also due to the Federal government's lack of a conceptual policy towards Turkey. The following study critically assesses German foreign policy towards Turkey under Merkel.

Merkel as well as Erdoğan missed an historic opportunity with their misguided policies towards Turkey and Europe respectively. By following the implausible approach of a "privileged partnership" German chancellor Merkel has lost influence on a country as important as Turkey that has recently developed into a key country in the context of the refugee question. Due to the Turkish foreign policy focus on Sunni Islam, President Erdoğan in turn missed the opportunity for Turkey to become a model state of the Middle East that has succeeded in harmoniously combining democracy and Islam, thus enjoying good reputation internationally.

This Note du Cerfa reflects the state of affairs as of July 2017.

# Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>7</b>
<b>KRISEN IN DEN DEUTSCH-TÜRKISCHEN BEZIEHUNGEN .....</b>	<b>13</b>
<b>Die Folgen des EU-Flüchtlingspakts mit der Türkei .....</b>	<b>13</b>
<b>Die Satire-Affären.....</b>	<b>14</b>
<b>Die Resolution um den Völkermord an den Armeniern     und die Incirlik-Frage.....</b>	<b>16</b>
<b>Auswirkungen des gescheiterten Militärputsches auf die deutsch-     türkischen Beziehungen.....</b>	<b>17</b>
<b>Asylanträge türkischer Soldaten .....</b>	<b>19</b>
<b>Die Türkei-Reise von Kanzlerin Merkel im Februar 2017 .....</b>	<b>20</b>
<b>Die Verhaftung des deutschen Journalisten Deniz Yücel .....</b>	<b>20</b>
<b>AKP-Wahlkampfauftritte und der Export innertürkischer Konflikte     nach Deutschland .....</b>	<b>21</b>
<b>Die Spionageaffäre von DITIB und MIT .....</b>	<b>24</b>
<b>FAZIT UND AUSBLICK.....</b>	<b>25</b>

# Einleitung

Am 16. April 2017 haben sich die türkischen Wähler in der Türkei und im Ausland – wenn auch nur knapp – für die Einführung eines autoritären Präsidialsystems ab 2019 entschieden.<sup>1</sup> An dieser Wahl konnten auch wahlberechtigte türkische Staatsbürger in Deutschland teilnehmen, die mit rund 63 Prozent (weit über 400.000 Stimmen) der knapp 700.000 aus Deutschland abgegebenen Stimmen beim Verfassungsreferendum mit ‚Ja‘ stimmten. Dieses Wahlergebnis hat in Deutschland die Frage nach den Beweggründen derjenigen Türkeistämmigen aufgeworfen, die in einer wehrhaften Demokratie wie in Deutschland sozialisiert wurden, und sich faktisch für den Demokratieabbau in einem anderem Land wie der Türkei einsetzten. Integrationsfragen der etwa drei Millionen Türkeistämmigen in Deutschland spielen im Verhältnis zwischen Berlin und Ankara nicht nur aktuell eine wichtige Rolle.

Die deutsche Türkeipolitik ist daher seit Jahrzehnten durch ein Bündel unterschiedlicher Motive bestimmt. Schon in den frühen 1980er und 1990er Jahren bildete sich ein Spannungsviereck aus außen-, innen-, wirtschafts- und moralpolitischen Interessen, die sich zum Teil nicht nur gegenüberstanden, sondern auch oft kollidierten. Diese Motive und Interessen miteinander zu vereinbaren ist bis heute ein diplomatisches Kunststück deutscher Türkeipolitik. Historisch bedingt genießen sicherheitspolitische Fragestellungen in den Beziehungen Deutschlands zur Türkei durch die NATO-Partnerschaft beider Länder stets eine hohe Priorität. Ein weiterer bedeutender Faktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen ist die Menschenrechts- und Minderheitenproblematik in der Türkei und deren innenpolitische Rückwirkungen (z.B. durch den ungelösten Kurdenkonflikt) auf Deutschland.<sup>2</sup> Die öffentliche Debatte dieser genannten Aspekte beeinflusst das bilaterale Verhältnis und spiegelt

---

1. Der besseren Lesbarkeit wegen wird bei personenbezogenen Substantiven die maskuline Form gewählt. Diese versteht sich als geschlechtsneutral und schließt Frauen explizit mit ein.

2. Seit mehr als 30 Jahren dauert der gewaltsame Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK an. Bislang kamen rund 40.000 Menschen in diesem Konflikt ums Leben. Die Forderung der PKK wie auch der prokurdischen HDP nach einem Autonomiestatus für den Südosten der Türkei und kulturellen Rechten für die Kurden ist bis heute ein zentraler Konflikt mit dem türkischen Staat. Für eine ausführliche Lektüre siehe C. Günes und W. Zeydanlioglu, *The Kurdish Question in Turkey: New Perspectives on violence, Representation, and Reconciliation*, London, Routledge 2014.



sich auch in europapolitischen Entscheidungen – wie der Frage um eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei – der Bundesregierungen wider.<sup>3</sup>

Im europäisch-türkischen Verhältnis gab es stets Höhen und Tiefen. So kam es unter der Regierung Helmut Kohls nach dem EU-Gipfel in Luxemburg 1997 zu erheblichen Spannungen zwischen den beiden Ländern Deutschland und Türkei und kurze Zeit später wurde mit der rot-grünen Regierung ein neues Kapitel in den deutsch-türkischen Beziehungen aufgeschlagen.<sup>4</sup> Unmittelbar nach dem Regierungswechsel von 1998 gehörte Deutschland unter der Regierung Schröder/Fischer zu den Ländern, die sich auf dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 besonders stark für den Status der Türkei als EU-Beitrittskandidat einsetzten. Während der gesamten Regierungszeit von 1998 bis 2005 unterstützte Rot-Grün darüber hinaus aktiv die türkische Kandidatur. Innerhalb von fünf Jahren – vom EU-Gipfel in Helsinki 1999 bis zum Gipfel in Brüssel im Dezember 2004 – erhielt die Türkei nicht nur den Status des Beitrittskandidaten. Auch der Beschluss zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zum 3. Oktober 2005 wurde in diesem Zeitraum gefasst. Dies war also eine außerordentlich dynamische Entwicklung, wie sie die Türkei auf ihrem langen Weg nach Europa seit dem ersten Antrag auf Assoziierung mit der EWG 1959 nicht erlebt hatte.<sup>5</sup>

Der Helsinki-Beschluss der EU leitete somit eine neue Ära in den deutsch-europäisch-türkischen Beziehungen ein. Brüssel legte mit der neuen Türkeipolitik den Grundstein für die Europäisierung der Türkei und die glaubhafte EU-Perspektive fungierte als wesentlicher Reformkatalysator in Ankara. Umfangreiche Reformpakete und Gesetzveränderungen wurden im Gegenzug in der Türkei durch die Regierung unter der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) verabschiedet und in Einklang mit den Kopenhagener Kriterien gebracht.<sup>6</sup> Die Reformen umfassten zahlreiche Fortschritte bei den Menschen- und Bürgerrechten und beinhalteten zum Beispiel die vollständige Abschaffung der Todesstrafe, die Förderung der Geschlechtergleichheit, die Bekämpfung der Folter, die Ausweitung von Grundfreiheiten sowie Meinungs-

---

3. C.-T. Weick, *Die schwierige Balance. Kontinuitäten und Brüche deutscher Türkeipolitik*, Hamburg, LIT, 2001.

4. H. Kramer, „German Policy toward Turkey under the Red-Green Coalition Government (1998-2003)“, *Contemporary Issues in International Politics*, Foreign Policy Institute/Ankara, 2004, pp. 89-103.

5. B. Çopur, *Neue deutsche Türkeipolitik der Regierung Schröder/Fischer (1998-2005)*, Hamburg, Dr. Kovač, 2012.

6. Die Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) vertritt einen islamischen Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus. Sie ist seit 2003, ein Jahr nach ihrer Gründung, Regierungspartei in der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan.

Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit. Dieser Transformationsprozess in der Türkei wurde nicht ohne Grund auch „Stille Revolution“ genannt. Es wäre nicht übertrieben, die Zeit vom Regierungsantritt der AKP im November 2002 bis zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen 2005 als das ‚Goldene Zeitalter der Europäisierung der Türkei‘ zu bezeichnen. Daran hat Deutschland unter Rot-Grün kräftig mitgearbeitet, denn Berlin war damals ein bedeutender Promotor der EU-Kandidatur Ankaras.

Diese proaktive Förderung der EU-Mitgliedschaft der Türkei endete mit dem Regierungswechsel in Deutschland 2005, als die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel an die Macht kam. Schwarz-Rot (2005-2009) war allerdings in der Türkeipolitik eine Regierung mit drei verschiedenen Meinungen. Angela Merkel plädierte in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin für das römische Prinzip ‚pacta sunt servanda‘ und in ihrer Rolle als Parteichefin wiederum für die ‚privilegierte Partnerschaft‘. Die SPD-Bundestagsfraktion mit dem Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier war hingegen größtenteils für die ‚EU-Mitgliedschaft der Türkei‘. Vieles spricht dafür, dass sich Bundeskanzlerin Merkel und ihre CDU/CSU-Fraktion in der Türkeipolitik auch durch ein kulturalistisches, das heißt christlich-abendländisches Europabild, leiten ließen.<sup>7</sup> Bundeskanzlerin Merkel musste sich jedoch an Verträge und Verpflichtungen ihres Vorgängers Schröder halten, weshalb dieser Spagat zwischen Parteipolitik und Staatsräson nicht immer ganz einfach schien. Aufseiten der SPD verhielt es sich etwas differenzierter. Der damalige Vizekanzler und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach sich stets für die Unterstützung der EU-Vollmitgliedschaft der Türkei aus – sofern Ankara die Kriterien dafür erfülle. Doch diesmal verfügte nicht die SPD über die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, sondern die CDU. Zudem gab es in der Türkeifrage weiterhin innerparteiliche Vorbehalte in der Sozialdemokratie. Die SPD konnte daher nur eine korrigierende Rolle übernehmen. Durch diese Meinungsverschiedenheit in der schwarz-roten Regierung unter Merkel verlor Ankara somit weiter an Unterstützung. 2006 hielt sich dann die Türkei nicht an die Abmachungen zu Zypern. Konsequenterweise wurden seitens der EU die Verhandlungen mit der Türkei über acht Kapitel ausgesetzt, aufgrund deren Weigerung, das Ankara-Protokoll auf die Republik Zypern auszuweiten. Die Türkeipolitik wurde zwar zu keiner Sollbruchstelle der Großen Koalition, weil sie sich weiterhin in formaler Kontinuität zur Regierung Schröder verhielt, aber die Regierung Merkel unternahm auch keine proaktiven Schritte zur Unterstützung des EU-Beitrittsprozesses der Türkei.

7. S. von Oppeln, „Die Debatte über den Beitritt der Türkei in Deutschland“, *Leviathan* 3/2005, S. 391-411.

Nicht anders sah es mit der Türkeipolitik der christlich-liberalen Regierung unter dem Kabinett Merkel II zwischen 2009-2013 aus. Die FDP hatte zwar als wirtschaftsliberale, vom Transatlantizismus geprägte Partei, Interesse an der Demokratisierung und Modernisierung der Türkei, konnte sich allerdings mit ihrer verhalten optimistischen Haltung als kleiner Koalitionspartner in der Regierung nicht durchsetzen. Unterstützt wurde die türkeikritische Haltung Berlins darüberhinaus in Paris. Ab der Wahl Nicolas Sarkozys zum Staatspräsidenten in Frankreich 2007 wurden die Beitrittsverhandlungen mit Ankara dort ebenfalls zögerlich behandelt. Das Abtreten von Schröder/Chirac und die Übernahme durch das Duo Merkel/Sarkozy blieb nicht ohne Konsequenzen für die Beziehungen zwischen der Türkei, Deutschland und der EU. „Bedauerlicherweise haben negative Reaktionen von europäischen Politikern und eine zunehmend zögerliche Einstellung der europäischen Öffentlichkeit gegenüber einer weiteren Erweiterung der Türkei den Eindruck vermittelt, dass sie nicht willkommen ist, selbst wenn sie die Mitgliedschaftsbedingungen erfüllen würde“, schrieb damals die Unabhängige Türkei-Kommission.<sup>8</sup>

Mit den Entwicklungen in der EU – Scheitern der Verfassungsreferenden in den Niederlanden/Frankreich, Erweiterungsmüdigkeit, Regierungswechsel in Berlin/Paris, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit, Erstarren des Rechtspopulismus – steckte die Union selbst in einer Krise. Zudem schlug das Pendel in der EU beziehungsweise in der Türkei um, sodass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft Ankaras in beiden Regionen auf tiefstem Rekordniveau ankam. Der europäische Ruf nach einer ‚privilegierten Partnerschaft‘ trug somit dazu bei, den Reformprozess in der Türkei abzubremesen.<sup>9</sup> Viel wichtiger ist aber, dass die Abweisung der Türkei durch Merkel-Sarkozy mit dem Beginn des Arabischen Frühlings 2010 zu einer noch stärkeren Orientierung der Türkei an ihre islamischen Nachbarstaaten führte. Das Regime Erdoğan hat von seiner Tradition als Teil des politischen Islam sowieso schon eine Affinität zu diesen Staaten,

---

8. Unabhängige Türkei-Kommission, „Die Türkei in Europa: den Teufelskreis durchbrechen“, Brüssel, 2009, S.7.

9. Die „privilegierte Partnerschaft“ wurde von der CDU als Alternative zu einem EU-Beitritt der Türkei formuliert und sah eine nachbarschaftliche Politik jenseits einer Vollmitgliedschaft der Türkei in die EU vor. Weiterhin sollte es eine alle Güter umfassende Freihandelszone geben, die Zusammenarbeit in der Gesellschaft sollte gestärkt werden und Bereiche wie Umweltschutz, Unternehmensförderung und Bildung in der Türkei sollten weiterhin an europäische Standards angepasst werden. Die ‚privilegierte Partnerschaft‘ garantierte außerdem, dass die Türkei in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und in die geheimdienstliche Zusammenarbeit eingebunden werden sollte. Befürworter der „privilegierten Partnerschaft“ befürchteten bei einem eventuellen Beitritt der Türkei eine Überforderung der EU. Siehe hierzu A. Maurer, „Alternativen denken! Die Mitgliedschaftspolitik der Europäischen Union vor dem Hintergrund der Beziehungen zur Türkei“ in: SWP-Aktuell 36, Berlin 2007, verfügbar auf: [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org).

die aber durch die europäische Zurückweisung weiter gefördert wurde. Die neue türkische Außenpolitik sah für die Türkei deshalb eine sunnitisch-islamische Führungsrolle in der Region vor, die innenpolitisch einem Bruch mit der kemalistischen Tradition und außenpolitisch einer weiteren Distanzierung vom Westen gleichkam.<sup>10</sup> Mit dem Beginn des Syrienkriegs bewegte sich die Türkei immer weiter weg von einer *soft power*-geleiteten Außenpolitik hin zu einem *hard power*-Ansatz als aktive Partei im Syrienkrieg auf Seiten des sunnitisch-islamistischen Lagers.<sup>11</sup> Während der Sturz Baschar al-Assads im Sinne der sunnitisch-islamischen Hegemonialvorstellungen der AKP zu einem außenpolitischen Ziel erklärt wurde, geriet die Bekämpfung kurdischer Autonomiebestrebungen im Norden Syriens immer mehr in den Fokus türkischer Außenpolitik.<sup>12</sup> Die türkische Führung verhielt sich aufgrund der staatlich manifestierten kurdophoben Haltung demonstrativ zurückhaltend im internationalen Kampf gegen den ‚Islamischen Staat‘ und verspielte nicht nur leichtfertig einen möglichen Frieden mit den Kurden im eigenen Land, sondern auch die historisch bedingten guten Beziehungen zur westlichen Welt.<sup>13</sup> Während die türkische Regierung hinter vorgehaltener Hand auf den Erfolg des IS gegen die Kurden im Norden Syriens setzte, unterstützte die Bundesregierung die kurdischen Peschmerga im Irak mit Waffenlieferungen und die kurdischen Kämpfer in Syrien wurden aufgrund ihres militärischen Erfolgs gegen den IS zum Bollwerk gegen den Dschihadismus.<sup>14</sup> Realpolitisch betrachtet wirft die türkische

---

10. G. Seufert, „Die Türkei als Modell für die arabischen Staaten ?“, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 16. November 2011, verfügbar auf: [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

11. In einem in die Öffentlichkeit gesickerten Geheimpapier des BND wird die Türkei als „zentrale Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen“ bezeichnet, A. Hackenberger und M. Stürmer, „Wie die Türkei islamistischen Terroristen hilft“, *Die Welt*, 17. August 2016, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

12. Im Zuge des Arabischen Frühlings und vor dem Hintergrund der außenpolitischen Neuausrichtung unter dem Stichwort der Politik der „Null-Probleme mit den Nachbarn“ waren sunnitisch-islamische Hegemonialvorstellungen richtungsweisend in der türkischen Außenpolitik. Dies hatte zur Folge, dass der Sturz Assads und die Unterstützung sunnitisch-muslimischer Gruppen, wie beispielsweise die Muslimbruderschaft, als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Außenpolitik betrachtet wurden. Das außenpolitische Ziel, Assad zu stürzen, relativierte sich jedoch mit der Erstarkeung kurdischer Milizen in Syrien und der de facto-Autonomie an der türkisch-syrischen Grenze. Da aber ein autonomes Gebiet unter kurdischer Herrschaft an der syrisch-türkischen Grenze in Ankara als direkte und akute Bedrohung aufgefasst wird und Russland als Großmacht an Assad festhält, rückte der Sturz Assads als Ziel in den Hintergrund. Siehe auch M. Tokathi, „Die Rolle der Türkei in der Flüchtlingsbewegung – Teil der Lösung oder Teil des Problems?“ in: U. Bitzegeio, F. Decker und S. Fischer (Hrsg.), *Flucht, Transit, Asyl. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein europäisches Versprechen*, Bonn, 2017 (im Erscheinen).

13. R. Burç, „Erdogan’s Plan for the Kurds: Destroy, Rebuild, Pacify“, teleSUR, 03. März 2016, verfügbar auf: [www.telesurtv.net](http://www.telesurtv.net).

14. C. Sydow, „Der IS ist der Vorwand, die Kurden sind das Ziel“, *Spiegel Online*, 24. August 2016, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

Positionierung ernsthafte Fragen im deutsch-türkischen Verhältnis auf. Zudem führte sie weiter zur Entfremdung mit der EU.

Mehr als ein Jahrzehnt (2005-2017) wurde zu verlorenen Jahren in den europäisch-türkischen Beziehungen. Der EU-Beitrittsprozess der Türkei ist aktuell faktisch zum Erliegen gekommen. So stimmte das Europäische Parlament im Juli 2017 mit großer Mehrheit für die Aussetzung der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei. Und der Rat für Allgemeine Angelegenheiten beschloss Mitte Dezember 2016, dass mit Ankara keine weiteren (nach bisher 16 der 35) Beitrittskapitel verhandelt werden sollen. Zudem ging die Abkehr von der proaktiven Türkeipolitik Berlins seit 2005 mit einer systematischen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ankara und Brüssel einher, ebenso wie mit erheblichen Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik der Türkei. In dieser Zeit wurde das Land durch das Fehlen der europäischen Verankerung immer instabiler, fragiler und unberechenbarer.

Mit dem Beginn der Flüchtlingskrise in Europa ab 2015 entdeckte Bundeskanzlerin Merkel jedoch die Bedeutung der Türkei. Auf ihre Initiative hin schloss die Europäische Union am 18. März 2016 mit der Türkei ein Flüchtlingsabkommen ab. Dieses sieht im Kern vor, dass die Türkei alle Flüchtlinge auf den griechischen Inseln zurücknimmt und die EU sich dafür verpflichtet, für jeden abgeschobenen Syrer einen syrischen Kriegsflüchtling aus der Türkei aufzunehmen. Im Gegenzug sollte die Türkei bis 2018 finanzielle Hilfen in Höhe von 6 Milliarden Euro erhalten, die Eröffnung von weiteren EU-Beitrittskapiteln sollte beschleunigt und die Visa-Freiheit für Türken (bei Umsetzung der EU-Kriterien) umgesetzt werden.<sup>15</sup> Sicherlich war es im Nachhinein ein Konstruktionsfehler des Abkommens, Fragen des EU-Beitritts der Türkei mit der Flüchtlingsfrage zu vermengen. Denn beide Parteien hielten sich aus unterschiedlichen Gründen bis heute nicht an diese Vereinbarungen. Stattdessen diente dieses Abkommen der AKP als Druckmittel dazu, um unter anderem Berlins und Brüssels Kritik mit Blick auf Menschenrechts- und Demokratiefragen in der Türkei zu unterbinden.<sup>16</sup> Unmittelbar nach dem Abschluss des Flüchtlingsdeals fingen auch die Krisen in den deutsch-türkischen Beziehungen an, die bis heute andauern (Stand: Juli 2017).

---

15. Für eine kritische Bilanz des EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei vgl. M. Popp, „Ein Jahr Flüchtlingsdeal: Der große Bluff“, *Spiegel Online*, 18. März 2017, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de); L. Jacobsen, „Flüchtlinge: Das Abschreckungsabkommen“, *Zeit Online*, 20. März 2017, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

16. S. Dağdelen, *Der Fall Erdogan: Wie uns Merkel an einen Autokraten verkauft*, Frankfurt, Westend Verlag, 2016.

# Krisen in den deutsch-türkischen Beziehungen

Seit der Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten und WELT-Korrespondenten Deniz Yücel, den Auftrittsverboten von AKP-Ministern in Deutschland, den Nazi-Vorwürfen aus Ankara und den wiederkehrenden Drohungen der türkischen Regierung, das Flüchtlingsabkommen mit der EU aufzukündigen, kommen die deutsch-türkischen Beziehungen nicht zur Ruhe.

## Die Folgen des EU-Flüchtlingspakts mit der Türkei

Bereits während des Türkei-Besuchs der Bundeskanzlerin im Oktober 2015, kurz vor den Parlamentswahlen am 1. November, besprachen Kanzlerin Merkel und der türkische Staatspräsident Erdoğan ihre Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage. Im Zuge der globalen Flüchtlingskrise fand auch in der EU eine ‚Wiederentdeckung der Türkei‘ statt. Das geostrategisch wichtige Land sollte wieder ein starker Partner Europas werden – diesmal allerdings aus rein realpolitischem Kalkül. Diese interessengeleitete Kooperation war auch für die Türkei nützlich, denn innenpolitisch stand sie zu dieser Zeit vor wichtigen Parlamentswahlen, die eine längerfristige Umbruchphase einleiten sollten. Da der türkische Staatspräsident einen Systemwechsel per Verfassungsänderung durchzusetzen versuchte, bot sich aus türkischer Sicht ebenso ein Flüchtlingsabkommen mit der EU an. So konnte Präsident Erdoğan die Türkei als Schlüsselland in der Flüchtlingskrise positionieren und aus der Hilfsbedürftigkeit der Kanzlerin ein Abhängigkeitsverhältnis schaffen, um innenpolitisch ungestört seine Präsidialvorstellungen schrittweise erst *de facto* und dann *de jure* umzusetzen.<sup>17</sup>

Bei ihrem Oktober-Besuch 2015 traf sich Bundeskanzlerin Merkel nicht ohne Grund mit Präsident Erdoğan anstatt mit ihrem türkischen Pendant, nämlich dem damaligen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu. Merkel wurde stark für diese Staatsvisite kritisiert, da der Besuch aufgrund des Zeitpunkts als indirekte Wahlhilfe für die AKP und als Legitimation der hochumstrittenen Lesart Erdoğan's der türkischen Verfassung gedeutet

---

17. B. Çopur und R. Burç, „Erdoğan's Domestic War for a Presidential System in Turkey“, teleSUR, 15. Februar 2016, verfügbar auf: [www.telesurtv.net](http://www.telesurtv.net).



werden konnte. Seit seiner Wahl 2014 trat er als parteiischer Staatspräsident auf und engagierte sich im Rahmen des Referendums vom 16. April 2017 in seiner Funktion als Staatschef für eine Verfassungsänderung der AKP mit der Milliyetçi Hareket Partisi, MHP.<sup>18</sup> Erdoğan kam so seiner Pflicht zur parteipolitischen Neutralität nicht nach und setzte sich damit willkürlich über die türkische Verfassung hinweg.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die auffällige deutsche Zurückhaltung zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen der Türkei, insbesondere durch die türkischen Streitkräfte in der kurdischen Region, zur systematischen Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit aber auch zur einseitigen Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK.<sup>19</sup> Das deutsche Schweigen könnte als Gegenleistung für eine engere Kooperation der Türkei in der Flüchtlingsfrage gelesen werden.

Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei, das am 18. März 2016 offiziell in Kraft trat, war schließlich der Startschuss eines Krisenmarathons in den deutsch-türkischen Beziehungen. Noch am Tag von dessen Unterzeichnung wurde Bundeskanzlerin Merkel scharf kritisiert, weil sie nach jahrelangem Wegschauen nun eine Allianz mit Erdoğan zu einer denkbar ungünstigen Zeit eingehen musste, in der sogar die defekte türkische Demokratie schrittweise abgebaut wurde. Kritiker warfen ihr in erster Linie vor, die Bundesrepublik durch das Abkommen erpressbar gemacht zu haben, da der türkische Staatschef nun immer wieder damit drohen konnte, die Flüchtlinge wieder Richtung Westeuropa ausreisen zu lassen.<sup>20</sup>

## Die Satire-Affären

Der türkische Staatspräsident demonstrierte bereits innerhalb kürzester Zeit, dass er die Flüchtlingskrise zu seinem innen- und außenpolitischen Vorteil nutzen wollte und sorgte für die erste diplomatische Krise, als der deutsche Botschafter in der Türkei, Martin Erdmann, wegen eines Satirelieds ins türkische Außenministerium zitiert wurde. Es handelte sich um ein zweiminütiges Stück mit dem Titel ‚Erdowie, Erdowo, Erdoğan‘, das am 17. März 2016 in der NDR-Sendung Extra 3 ausgestrahlt wurde. Während die Opposition die Bundesregierung beschuldigte, Deutschland

---

18. Die Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung) ist eine rechtsextreme Partei im türkischen Parlament.

19. UN-Report on the human rights situation in South-East Turkey (July 2015 to December 2016), Februar 2017, verfügbar auf: [www.ohchr.org](http://www.ohchr.org).

20. *BBC Türkçe*, 08. Februar 2016, verfügbar auf: [www.bbc.com](http://www.bbc.com).

in eine fatale Abhängigkeit gegenüber der Türkei gebracht zu haben, verhielt sich die Bundesregierung auffällig still.<sup>21</sup> Botschafter Erdmann wurde innerhalb weniger Tage ein zweites Mal einbestellt, weil er an der Eröffnung des Strafprozesses gegen die beiden Journalisten Can Dündar und Erdem Gül teilgenommen hatte. In beiden Fällen berief sich Erdmann auf universelle Grundrechte der Presse- und Meinungsfreiheit.<sup>22</sup>

Ein zweites Mal sorgte Satire für eine diplomatische Krise im Fall des deutschen Satirikers Jan Böhmermann. Erstmals nutzte Präsident Erdoğan das EU-Türkei-Abkommen als offenes Druckmittel gegen Deutschland. Bereits fünf Tage nach der Übertragung eines Schmähedichts des Satirikers über Erdoğan nahm Bundeskanzlerin Merkel öffentlich Stellung. Sie bezeichnete das Gedicht als „bewusst verletzend“ und versuchte telefonisch, den damaligen türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu zu besänftigen.<sup>23</sup> Als Erdoğan dann Strafanzeige gegen Jan Böhmermann erstattete, erteilte die Bundesregierung der Staatsanwaltschaft am 15. April 2016 die Ermächtigung, wegen „Beleidigung von ausländischen Staatsorganen“ zu ermitteln. Diese Entscheidung stieß auf große Kritik, sodass Merkel später öffentlich zugab, sie hätte keine persönliche Einschätzung abgeben sollen.<sup>24</sup>

In der Zwischenzeit veröffentlichte das EU-Parlament ihren Türkei-Bericht und kritisierte die mangelnde Demokratiequalität, besonders im Hinblick auf die Rückschritte bei der Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.<sup>25</sup> Der damalige Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu drohte schließlich erstmals öffentlich am 19. April 2016 mit der Aufkündigung des Flüchtlingsabkommens, falls die EU ihre Zusage zur Umsetzung der Visafreiheit nicht einhalten sollte.<sup>26</sup>

---

21. „Berlin schweigt zu Erdogans Satire-Staatsaffäre“, *Die Welt*, 29. März 2016, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

22. „Prozess gegen Journalisten in der Türkei: Cumhuriyet-Chefredakteur rechnet mit Freispruch“, *Der Tagesspiegel*, 01. April 2016, verfügbar auf: [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de).

23. „Jan Böhmermann: Merkel nennt Erdoğan-Gedicht ‚bewusst verletzend‘“, *Zeit Online*, 04. April 2017, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

24. „Der Fall Böhmermann – eine Chronologie“, *NDR*, 02. November 2016, verfügbar auf: [www.ndr.de](http://www.ndr.de).

25. Türkei-Bericht des EU-Parlaments, 14. April 2016, verfügbar auf: [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu).

26. „Türkei droht Europa : Erdogan verbittet sich Kritik der EU“, *Focus Online*, 19. April 2016, verfügbar auf: [www.focus.de](http://www.focus.de).



## Die Resolution um den Völkermord an den Armeniern und die Incirlik-Frage

Auch die Armenien-Resolution des Bundestages veranlasste die türkische Regierung erneut, sich in die deutsche Innenpolitik einzumischen. Die Resolution des Bundestags wurde am 2. Juni 2016 verabschiedet und bezeichnet das Vorgehen des Osmanischen Reichs im Jahr 1915 gegen die armenische Bevölkerung als Völkermord. Auch wenn die Bundeskanzlerin und einige Mitglieder ihrer Regierung mit ihrer Abwesenheit bei der Abstimmung womöglich Rücksicht auf türkische Empfindlichkeiten demonstrieren wollten, hielt dies die türkische Regierung nicht davon ab, auf die Entscheidung des Bundestags mit weiteren Drohungen zu reagieren. Während der türkische Außenminister Mevlüt Cavuşoğlu die Entscheidung des Deutschen Bundestages „verantwortungslos und haltlos“ nannte, griff Präsident Erdoğan türkeistämmige Abgeordnete des Bundestages direkt an und denunzierte sie als „verlängerten Arm der PKK“. Außerdem forderte er einen Bluttest für die deutsch-türkischen Abgeordneten, da sie „keine echten Türken“ seien.<sup>27</sup>

Der Streit um die Armenien-Resolution eskalierte weiter, als Ankara einer hochkarätigen Delegation aus Berlin, der unter anderem Verteidigungsstaatssekretär Ralf Brauksiepe angehörte, den Besuch bei deutschen Soldaten auf der Militärbasis Incirlik untersagte. Während Besuche der militärischen und politischen Ebene auf Basen der Nato-Partner Routine sind und regelmäßig stattfinden, zeigte dieser Vorfall exemplarisch wie die Verärgerung in Ankara über die Armenien-Resolution des Bundestages die Kooperation Deutschlands mit dem Nato-Partner Türkei belastete. Kurz nachdem der Bundestag die Resolution verabschiedete, hatte Ankara bereits den Besuch einer Journalistengruppe bei der Bundeswehr in Incirlik abgesagt. Begründet wurde dies mit Sicherheitsbedenken. Bei der zweiten Absage wurde die Armenien-Resolution jedoch konkret als Grund der Verstimmung genannt. Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu machte ein deutsches Entgegenkommen in der Frage der Armenien-Resolution zur Bedingung für eine Lösung des Incirlik-Streits und forderte eine Distanzierung der Bundesregierung.<sup>28</sup> Wenngleich innerhalb der CDU/CSU-Fraktion das Verhalten des Nato-Partners Türkei stark kritisiert und teilweise sogar der Abzug deutscher Soldaten gefordert wurde, setzte Merkel ein weiteres Mal

27. „So eskalierte der Streit über die Armenien-Resolution“, *Spiegel Online*, 09. Juni 2016, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

28. S. Gillert, „Türkischer Aussenminister: Die Türkei ist kein zweitklassiges Land“, *Die Welt*, 07. September 2016, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

auf Deeskalation.<sup>29</sup> Auch wenn die Bundesregierung sich nicht offiziell von der Entscheidung des Bundestags distanzierte, betonte Merkel am 2. September 2016, dass die Armenien-Resolution keine rechtliche Bindung habe und signalisierte der türkischen Regierung, dass Deutschland die Zusammenarbeit mit der Türkei als Nato-Partner und mit Erdoğan in der Flüchtlingsfrage nicht gefährden wollte. Die türkische Regierung begrüßte diese Stellungnahme und gestattete Bundestagsabgeordneten im Oktober 2016 den Stützpunkt zu besuchen.<sup>30</sup> Dieses Zugeständnis wurde im regierungstreuen Medienmainstream der Türkei als ein Einknicken der deutschen Kanzlerin vor Ankara interpretiert und als eine Erdoğan'sche Erfolgsgeschichte beworben.<sup>31</sup> Später vermengte die Türkei allerdings die Besuchserlaubnis mit Fragen der Auslieferung von türkischen NATO-Soldaten, die in Deutschland Asyl beantragt hatten (s. unten). Diese Verquickung von unterschiedlichen Sachverhalten stieß auf deutscher Seite allerdings auf Ablehnung. So halfen alle Bemühungen seitens Berlins nicht, die türkischen Besuchsverbote für deutsche Bundestagsabgeordnete für den Militärstützpunkt Incirlik aufzuheben (im Juli 2017 wurde auch ein Besuch von Bundestagsabgeordneten auf dem NATO-Stützpunkt in der türkischen Stadt Konya nicht genehmigt). Da die Bundeswehr aber eine Parlamentsarmee ist und den Mitgliedern des Bundestages jederzeit ein Besuchsrecht zustehen muss, beschloss das Bundeskabinett im Juni 2017, die rund 260 Bundeswehrsoldaten aus Incirlik abzuziehen und den Stützpunkt nach Jordanien zu verlegen.

## Auswirkungen des gescheiterten Militärputsches auf die deutsch-türkischen Beziehungen

Das bis dato stark beschädigte deutsch-türkische Verhältnis erreichte nach dem vereitelten Putschversuch vom 15. Juli 2016 einen weiteren Tiefpunkt. Teile des türkischen Militärs versuchten gegen die AKP und den türkischen Präsidenten zu putschen und scheiterten dabei. Erdoğan ließ den Ausnahmezustand im gesamten Land ausrufen und regiert seitdem im Ausnahmezustand per Dekret. In einer beisspielslosen Hexenjagd gegen Kritiker des Regimes lässt er Journalisten, Soldaten, Lehrer, Juristen, Akademiker und gewählte Repräsentanten des Volkes entweder

29. M. Gebauer, „Bundeswehr in Incirlik: Türkei untersagt Besuch von deutschem Staatssekretär“, *Spiegel Online*, 22. Juni 2016, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

30. „Türkei erlaubt Abgeordneten den Besuch in Incirlik“, *Zeit Online*, 08. September 2016, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

31. Die regierungsnaher Tageszeitung *Takvim* titelte, „Erdoğan zwang Merkel in die Knie“, 05. September 2016, verfügbar auf: [www.takvim.com.tr](http://www.takvim.com.tr).

entmachten oder verhaften. Bis heute wurden allein 4.966 Politiker der drittgrößten Oppositionspartei HDP in Untersuchungshaft genommen, darunter 27 Abgeordnete, von denen zwölf zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden, unter anderem die Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ.<sup>32</sup> Außerdem laufen gegen 55 weitere Abgeordnete der HDP insgesamt 510 Ermittlungsverfahren. Gleichzeitig wurden alle Fernseh- und Radioanstalten sowie Zeitungen und Verlagshäuser geschlossen, die keiner regierungstreuen Berichterstattung nachkommen, was nach und nach zu einer Gleichschaltung der Medienlandschaft führte.<sup>33</sup> Erst als die türkische Staatsanwaltschaft die Festnahme von 19 Mitarbeitern der wichtigsten verbliebenen Oppositionszeitung Cumhuriyet wegen des Verdachts der Unterstützung von Terrororganisationen anordnete, darunter auch der im deutschen Exil lebende Ex-Chefredakteur Can Dündar, äußerte sich Merkel am 2. November 2016 in einem kritischeren Ton. Es sei „alarmierend“, dass das hohe Gut der Presse- und Meinungsfreiheit immer wieder eingeschränkt werde.<sup>34</sup> Der ehemalige Chefredakteur Can Dündar kritisierte in einem Interview mit der Zeitung DIE WELT europäische Regierungen in ihrem Verhalten gegenüber Erdoğan. Seit Jahren seien die Europäer dauernd „besorgt“, aber das ändere nichts an der Entwicklung der Türkei.<sup>35</sup> Dass die Sorgen der Bundeskanzlerin erst einmal keine Veränderung in Ankara bewirken würden, bestätigte sich schnell: Erdoğan reagierte auf Merkels Stellungnahme, indem er dem Westen, speziell der Bundesregierung, mangelnde Solidarität und die „Unterstützung von Terroristen“ vorwarf.<sup>36</sup> Die Situation verschärfte sich, als im März 2017 der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) Bruno Kahl, in einem Spiegel-Interview sagte, dass er die Gülen-Bewegung nicht als terroristische Organisation einstufe und keine Anhaltspunkte dafür sehe, dass die Gülen-Bewegung hinter dem Putschversuch stehe. Kahl widersprach mit seinen aufsehenerregenden Aussagen nicht nur der offiziellen Lesart der türkischen Regierung, sondern nannte den Putschversuch sogar einen „willkommenen Vorwand“ für die Säuberungswelle des türkischen Präsidenten. Nach Einschätzungen Kahls hätte sich das, was als „Folge des

---

32. *Gazete Karınca-Bericht*, 31. Januar 2017, verfügbar auf: [gazetekarınca.com](http://gazetekarınca.com) ; vgl. auch Evrensel-Bericht 07. Februar 2017, verfügbar auf: [www.evrensel.net](http://www.evrensel.net).

33. „Türkische Regierung schließt 45 Zeitungen und zahlreiche Sender“, *Zeit Online*, 27. Juli 2016, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

34. „Nach Journalistenverhaftung: Merkel nennt Lage in der Türkei alarmierend“, Deutsche Welle, 02. November 2016, verfügbar auf: [www.dw.com](http://www.dw.com).

35. Can Dündar im Interview mit der „Welt“: „Will Europa ein islamo-faschistisches Regime?“, 02. November 2016, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

36. „Erdoğan bezeichnet Deutschland als Nährboden für Terroristen“, *Zeit Online*, 08. August 2016, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

Putsches“ gesehen wurde, „auch so ereignet“ – wenngleich vielleicht nicht in der gleichen Tiefe und Radikalität.<sup>37</sup> Diese Äußerungen führten zu einer erneuten Verstimmung in Ankara und einer weiteren Einbestellung des deutschen Botschafters.<sup>38</sup>

## Asylanträge türkischer Soldaten

Kurz vor dem nächsten Besuch der Bundeskanzlerin in der Türkei wurde Ende Januar 2017 bekannt, dass etwa 40 hochrangige türkische NATO-Soldaten Anfang November 2016 Asyl in Deutschland beantragt hatten. Der türkische Staatspräsident drohte mit sehr ernsten Folgen, falls diesen Asylanträgen stattgegeben würde. Die türkische Regierung macht bekanntlich den islamischen Prediger Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich und geht seither massiv unter anderem auch gegen mutmaßliche Anhänger Gülens vor. Betroffene Soldaten werfen Erdoğan aber auch vor, die Gunst der Stunde zu nutzen, um prowestliche und säkulare Haltungen von türkischen Soldaten systematisch abzustrafen.<sup>39</sup> Die Asylanträge der türkischen NATO-Soldaten brachten die Bundesregierung in eine heikle Situation, da sie erneut die deutsch-türkischen Beziehungen und das EU-Flüchtlingsabkommen belasteten. Dennoch betonten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie das Bundesinnenministerium, sie würden diese Fälle so behandeln wie andere Asylfälle auch, da nach Artikel 16a des Grundgesetzes politisch Verfolgte in Deutschland ein Recht auf Asyl haben. Das Bundesinnenministerium bestätigte dann im Mai 2017, dass die ersten türkischen Antragsteller mit Diplomatenpässen Asyl erhalten. Prompt folgte die Kritik aus der Türkei, dass die deutschen Behörden „Nachsicht mit der Geisteshaltung der Putschisten“ gezeigt hätten.<sup>40</sup>

---

37. M. Knobbe, F. Schmid und A. Weinzierl, „BND zweifelt Gülens Verantwortung für Putschversuch“, *Spiegel Online*, 18. März 2017, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

38. „Streit um Äußerungen des BND-Chefs zur Gülen-Bewegung“, *Süddeutsche Zeitung Online*, 20. März 2017, verfügbar auf: [mobil.derstandard.at](http://mobil.derstandard.at).

39. P. Müller, „Nato-Militärs in Deutschland: In der Türkei riskiere ich, gefoltert zu werden“, *Spiegel Online*, 28. Januar 2017, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

## Die Türkei-Reise von Kanzlerin Merkel im Februar 2017

Die Bundeskanzlerin nutzte ihren Türkei-Besuch am 2. Februar 2017 um dieser Krise wieder deeskalierend entgegen zu wirken und betonte, dass die Türkei bei der Aufnahme von Flüchtlingen „Außergewöhnliches“ leiste.<sup>41</sup> Sie wies jedoch diesmal auch darauf hin, dass der türkische Staatspräsident auf demokratische Werte achten sollte, besonders wenn es um die Rechte der Opposition ginge. Vor dem Hintergrund der Kritik, Merkels Türkeibesuche würden als Wahlhilfe der Kanzlerin für Erdoğan genutzt, entschied sich Merkel, erstmals auch Oppositionspolitiker zu treffen.<sup>42</sup> Sie traf neben dem Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu (CHP), auch Abgeordnete der drittgrößten Opposition, des Linksbündnisses HDP. Selbst wenn die Gespräche mit Vertretern beider Oppositionsparteien vor Augen führten, in welcher Lage sich das Land befindet, änderte der Merkel-Besuch eher wenig an der Situation. Denn auch diese Visite der Bundeskanzlerin wurde innenpolitisch für den türkischen Wahlkampf ausgeschlachtet. In regierungsnahen Zeitungen wurde ausschließlich berichtet, Erdoğan habe die deutsche Kanzlerin in die Schranken verwiesen. Von den Treffen mit der Opposition war keine Rede.<sup>43</sup>

## Die Verhaftung des deutschen Journalisten Deniz Yücel

Etwas mehr als zwei Wochen nach der Türkei-Reise von Kanzlerin Merkel wurde der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel am 17. Februar 2017 in Polizeigewahrsam genommen; anschließend kam er in Untersuchungshaft. Im Ausnahmezustand kann diese Haft in der Türkei unter Umständen bis zu fünf Jahre dauern.<sup>44</sup> Deutsche Journalisten wurden zwar immer stärkeren Repressalien ausgesetzt, wie beispielsweise die Verweigerung von Akkreditierungen bei dem ehemaligen Türkei-Korrespondenten Hasnain Kazim vom Spiegel oder die Verweisung aus dem Land, doch Welt-Korrespondent Deniz Yücel ist der erste deutsche Journalist im türkischen Gefängnis. Ihm wird Propaganda für eine terroristische

---

40. M. Martens, „Türkei verurteilt Asly für ehemalige Soldaten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung Online*, 11. Mai 2017, verfügbar auf: [www.faz.net](http://www.faz.net).

41. M. Popp, „Kanzlerin Merkel in Ankara: Zu Besuch beim Türsteher“, *Spiegel Online*, 03. Februar 2017, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

42. F. Nordhausen, „Merkel in der Türkei: Vorwurf der Wahlkampfhilfe für Erdogan“, *Frankfurter Rundschau*, 02. Februar 2017, verfügbar auf: [www.fr.de](http://www.fr.de).

Organisation und Datenmissbrauch vorgeworfen.<sup>45</sup> Merkel forderte die Türkei auf, im Fall Deniz Yücel rechtsstaatliche Regeln einzuhalten. Das Auswärtige Amt bat um ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter, der zunächst jedoch nicht formal einbestellt wurde.<sup>46</sup> Seit Deniz Yücel's Inhaftierung fordern Oppositionspolitiker parteiübergreifend, besonders aus den Reihen der Linken und Grünen, immer nachdrücklicher Sanktionen gegen den türkischen Staatspräsidenten.<sup>47</sup> Gleichwohl die Kanzlerin ankündigte im Fall Yücel „alles in ihrer Macht stehende“ zu tun und Frank-Walter Steinmeier in seiner Antrittsrede als Bundespräsident die Freilassung von Yücel forderte, bleiben bis auf wenige Besuchererlaubnisse für deutsche Diplomaten tatsächliche Erfolgsmeldungen aus.<sup>48</sup>

## AKP-Wahlkampfauftritte und der Export innertürkischer Konflikte nach Deutschland

Am 18. Februar fand der erste Wahlkampfauftritt des türkischen Premierministers Binali Yıldırım im Kontext des Verfassungsreferendums in Oberhausen statt und tausende Erdoğan-Anhänger jubelten ihm zu. Damit begann angesichts des anstehenden Verfassungsreferendums auch in Deutschland die Diskussion darüber, ob Wahlveranstaltungen von Regierungsmitgliedern der AKP, die für einen Erfolg des Referendums werben, überhaupt toleriert werden sollten. Österreich plädierte für ein EU-weites Verbot von Auftritten türkischer Politiker, ähnlich wie auch die Niederlande.<sup>49</sup> Trotz des wachsenden europäischen Drucks entschied sich

---

43. Die regierungstreue Zeitung Yeni Akit titelte: „Die arabische Welt feiert wie Erdogan Merkel in die Schranken gewiesen hat“, 03. Februar 2017, verfügbar auf: [www.yeniakit.com.tr](http://www.yeniakit.com.tr).

44. Der Verfahrenskodex der türkischen Justiz sieht in Artikel 102 eine reguläre Untersuchungshaft von zwei Jahren vor, die allerdings um drei weitere Jahre verlängert werden kann, vgl. H. Dönmez, „CMK 102 deki Tutukluluk Süresiyle İlgili Degerlendirme, Ankara Barosu“, verfügbar auf: [www.ankarabarusu.org.tr](http://www.ankarabarusu.org.tr).

45. „Journalist in Untersuchungshaft: Das wirft die Türkei Yücel konkret vor“, tagesschau.de, 28. Februar 2017, verfügbar auf: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).

46. „Merkel fordert 'rechtsstaatliche Behandlung'“, *Die Welt*, 18. Februar 2017, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

47. C. Roth, „Der Flüchtlingsdeal muss endlich aufgekündigt werden“, *Gastkommentar in Die Welt*, 22. März 2017, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de); vgl. auch „Yücel-Inhaftierung: Politiker fordern Einreiseverbot für Erdogan nach Deutschland“, *Berliner Zeitung*, 01. März 2017, verfügbar auf: [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de).

48. „Merkel fordert Freilassung Yücel's – ‚werden alles in unserer Macht stehende tun‘“, *Die Welt*, 01. März 2017, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de); vgl. auch „Fulminanter Amtsantritt Steinmeier knöpft sich Erdigan vor“, *Die Welt*, 22. März 2017, verfügbar auf: [www.welt.de](http://www.welt.de).

49. „Österreichs Kanzler fordert Wahlkampf-Verbot für türkische Politiker in der EU“, *Süddeutsche Zeitung Online*, 05. März 2017, verfügbar auf: [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de).

Merkel gegen ein Verbot auf Bundesebene. Als jedoch Anfang März einige deutsche Kommunen Veranstaltungen von türkischen Ministern aufgrund von Sicherheitsbedenken absagten, warf Erdoğan deutschen Behörden und Kanzlerin Merkel persönlich „Nazi-Methoden“ vor – ein gravierender Tabubruch im deutsch-türkischen Verhältnis.<sup>50</sup> Merkel verhielt sich jedoch erneut zurückhaltend und wollte diese Äußerung nicht kommentieren. Nachdem auch die Niederlande türkischen Politikern ein Einreiseverbot erteilten und es zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und türkischen Demonstranten kam, bezeichnete der türkische Staatspräsident diesmal die niederländische Regierung als „Faschisten“ und „Nazi-Nachfahren“.<sup>51</sup> Mit Blick auf das Verfassungsreferendum erhoffte sich Staatspräsident Erdoğan durch Provokationen dieser Art nationalistische Sentiments zu befeuern und Feindbilder zu kreieren, um Wählerstimmen für einen positiven Ausgang des Referendums zu generieren. Während die Bundesregierung erneut auf Deeskalation setzte, provozierte Erdoğan weiter mit Beschuldigungen wie „Deutsche wären die Enkel der Nazis“<sup>52</sup> und die EU wäre eine „Kreuzritter-Allianz“.<sup>53</sup>

Auch wenn Merkel den Niederlanden ihre Solidarität aussprach, wurden kritische Stimmen innerhalb der Bundesregierung und aus der Opposition immer lauter. Innenminister Thomas de Maizière sagte, ein türkischer Wahlkampf habe in Deutschland nichts verloren.<sup>54</sup> Nachdem mehrere deutsche Städte Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsvertreter abgesagt hatten und Präsident Erdoğan auch mit einem internationalen Aufstand drohte, führte eine diplomatische Verbalnote der Bundesregierung im März 2017 dazu, dass der Streit um den türkischen Wahlkampf in Deutschland ein Ende fand. In der Verbalnote des Auswärtigen Amts zog die Bundesregierung klare Grenzen für Auftritte türkischer Politiker. Innenminister Thomas de Maizière drohte der Türkei sogar mit dem deutschen Strafgesetzbuch, sofern türkische Politiker die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beschimpfen und sie böswillig verächtlich machen.<sup>55</sup> Die Folge war, dass die Sprecherin der Koordinationsstelle der AKP in Köln alle

---

50. „Nazi-Vorwurf jetzt persönlich gegen Merkel“, tagesschau.de, 20. März 2017, verfügbar auf: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).

51. „Erdoğan bezeichnet niederländische Regierung als Nazi-Nachfahren und Faschisten“, *Focus Online*, 11. März 2017, verfügbar auf: [www.focus.de](http://www.focus.de).

52. „Erdoğan provoziert mit neuem Nazi-Vergleich“, *Frankfurter Rundschau*, 03. April 2017, verfügbar auf: [www.fr.de](http://www.fr.de).

53. „Erdoğan bezeichnet Eu als ‚Kreuzritter-Allianz‘“, *Zeit Online*, 02. April 2017, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).



zukünftigen Veranstaltung absagte.<sup>56</sup> Das deutliche Aufzeigen von roten Linien war ein klares Signal an Ankara und das leichte Abrücken von der deutschen Appeasement-Politik gegenüber der Türkei. Die Bundesregierung erteilte ein weiteres Auftrittsverbot am Rande des G20-Gipfels, der am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfand, als Erdoğan einen Auftritt vor seinen in Deutschland lebenden Anhängern plante. Diesmal verwies Martin Schäfer, Sprecher des Auswärtigen Amtes, auf die Regelung, dass solch ein Auftritt mit einer „hinreichend langen Vorlauffrist“ bei der Bundesregierung beantragt werden müsse und auch für Auftritte in ausländischen Konsulaten und Botschaften in Deutschland gelte.<sup>57</sup>

Die Debatte um die Wahlkampfauftritte von türkischen Regierungspolitikern weckte bei denjenigen türkeistämmigen Deutschen, die eine Verbundenheit mit AKP und Erdoğan empfinden, den Eindruck, der türkische Präsident und seine Regierung seien in Deutschland nicht erwünscht. Deutschland hat eine lange Geschichte des Imports innertürkischer Konflikte vorzuweisen und befindet sich heute erneut in einer Situation, in der die Konflikte der Türkei (zum Beispiel die ungelöste Kurdenfrage) von der Diasporagesellschaft stellvertretend in Deutschland ausgetragen werden. Da in den letzten Jahren in der Türkei jeglicher politischer und zivilgesellschaftlicher Raum für demokratische Reformkräfte und Minderheiten eingegrenzt wurde, versuchen heute Kritiker des Erdoğan-Regimes ihrer Stimme in Deutschland Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig werden die Unterstützer Erdoğan's in Deutschland durch das Narrativ, die ‚türkische Nationalehre müsse gegen die Feinde der Türkei überall verteidigt werden‘ befeuert. Doch innertürkische Konflikte plus die antitürkische-Stimmungsmache des deutschen Rechtspopulismus sind Gift für das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Türkeistämmigen. Diese Kombination ist ein hochexplosives Gemisch und integrationsschädlich. Langfristig könnte es auch zu einer Gefahr für den inneren Frieden in der Bundesrepublik werden.

---

54. „Merkel sagt Den Haag Solidarität zu“, tagesschau.de, 13. März 2017, verfügbar auf: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).

55. „De Maizière: Türkischer Wahlkampf hat hier nichts verloren“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung Online*, 13. März 2017, verfügbar auf: [www.faz.de](http://www.faz.de).

56. „AKP-Verzicht auf Wahlkampf: Politik erleichtert“, heute.de, 21. März 2017, verfügbar auf: [www.heute.de](http://www.heute.de).

57. „Auftrittsverbot auch in Konsulaten“, tagesschau.de, 03. Juli 2017, verfügbar auf: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).



## Die Spionageaffäre von DITIB und MIT

Auch im Zusammenhang der bereits Ende 2016 anklingenden Spionagevorwürfe gegen den türkischen Geheimdienst MIT und der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), die in Deutschland die Anhänger der Gülen-Bewegung und der PKK bespitzelt haben sollen, kritisierte die Linke-Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen am 6. April 2017 das „laxe Vorgehen“ der Bundesregierung. Sie machte die Bundesregierung dafür verantwortlich, dass sich „Erdogans Spitzel-Imame“ in der Zwischenzeit „in die Türkei absetzen und sich der Strafverfolgung entziehen konnten.“<sup>58</sup> Der türkische Geheimdienst MIT hatte bereits Ende Februar mit Bitte um Kooperation eine sogenannte Verdächtigenliste an deutsche Sicherheitsbehörden weitergegeben. Darauf befanden sich die Adressen, Telefonnummern und Fotoaufnahmen von mehr als 300 in Deutschland lebenden mutmaßlichen Gülen-Anhängern und angeblichen „Terroristen“ sowie Daten von etwa 200 Schulen, Vereinen und Organisationen – darunter auch Bundestagsabgeordnete wie die SPD-Politikerin und Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe Michelle Müntefering.<sup>59</sup> Die Bundesregierung äußerte sich noch nicht öffentlich über diese Spionageaffäre, doch aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage Sevim Dağdelens geht hervor, dass die Bundesanwaltschaft gegen 20 Beschuldigte wegen des Verdachts der Spionage für die Türkei ermittelt. Die Situation rund um die türkische Spionageaffäre in Deutschland verschärfte sich, als türkische Soldaten, die im Ausland an NATO-Standorten stationiert sind, laut Medienberichten angewiesen worden seien Ex-Militärs auszuspionieren. Es handle sich um türkische Soldaten, die nach dem vereitelten Putschversuch vom 15. Juli 2016 aus dem Dienst entlassen wurden und im Ausland Asyl bekamen. Darunter auch zahlreiche in Deutschland.<sup>60</sup>

---

58. „Ermittlungen gegen 20 mutmaßliche türkische Spione“, *Zeit Online*, 06. April 2017, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

59. „Michelle Müntefering auf türkischer Geheimdienstliste“, *tagesschau.de*, 29. März 2017, verfügbar auf: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de).

60. „Türkei lässt angeblich Soldaten im Ausland spionieren“, *Zeit Online*, 04. Juli 2017, verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

# Fazit und Ausblick

Wie ausführlich dokumentiert wurde, stehen die deutsch-türkischen Beziehungen vor einer großen Belastungsprobe. Für Außenminister Sigmar Gabriel befindet sich das bilaterale Verhältnis sogar „in ganz schwerem Fahrwasser“ und Bundeskanzlerin Merkel sprach auf der Pressekonferenz des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 von „tiefgreifenden Differenzen“ mit der Türkei.<sup>61</sup> Das deutsch-türkische Verhältnis war allerdings nicht immer so belastet: So kann aus der vergangenen deutschen Türkeipolitik von Schröder/Fischer der Schluss gezogen werden, dass die glaubhafte europäische Beitrittsperspektive zwischen 1999-2005 Erfolg hatte und einen enormen demokratischen Transformationsprozess in der Türkei auslöste und das Vertrauensverhältnis zwischen Berlin und Ankara stärkte.

Nach dem Regierungswechsel 2005 in Deutschland wurde die Türkei größtenteils wieder ihrem eigenen Schicksal überlassen, obwohl es auf kurzer Sicht gar nicht um die Mitgliedschaft der Türkei, sondern um die Demokratisierung und Modernisierung des Landes ging. Auch mit dem EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen ging es Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht wirklich um die demokratische Entwicklung Ankaras, sondern die türkische Hilfe zur Abwehr von Flüchtlingen soll bloß ihre Kanzlerschaft sichern und diese durch weitere Flüchtlingsströme nicht gefährden. Wenn Berlin heute so wenig auf die Türkei unter Erdoğan einwirken kann, dann steht das auch im Zusammenhang mit einem Versagen der Türkeipolitik unter Bundeskanzlerin Merkel, denn diese Politik war in den fast drei Amtszeiten ohne Konzept und Strategie und wenn überhaupt strategisch nur auf eigene macht- und parteipolitische Interessen der Kanzlerin ausgerichtet. Selbst der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Niels Annen räumt ein: „Wir müssen uns einfach eingestehen: Der bisherige Kurs [gegen Erdoğan, die Verf.] hat nicht funktioniert.“<sup>62</sup>

Nach der Festnahme von Menschenrechtsaktivisten, darunter der Deutsche Peter Steudtner, kündigte der deutsche Außenminister am 20. Juli 2017 eine härtere Gangart gegenüber der Türkei sowie eine

---

61. „Bundesregierung sieht Beziehungen zur Türkei in ‚ganz schwerem Fahrwasser‘“, *Deutsche Welle*, 06. Juni 2017, verfügbar auf: [www.dw.com](http://www.dw.com), vgl. auch „Tiefgreifende Differenzen: Merkels Aussage zeigt angespanntes Verhältnis zu Erdogan“, *Focus Online*, 08. Juli 2017, verfügbar auf: [www.focus.de](http://www.focus.de).

62. „Plötzlich hart gegen Erdogan“, *Spiegel Online*, 29. Juni 2017, verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de).

Neuausrichtung der Türkeipolitik an.<sup>63</sup> Die Reisehinweise für die Türkei wurden verschärft, die staatliche Absicherung von Türkei-Investitionen der deutschen Wirtschaft durch Hermes-Bürgschaften sollen auf den Prüfstand, Rüstungsexporte in die Türkei sollen überdacht werden und die Bundesregierung will gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsländern versuchen, die EU-Vorbeitrittshilfen für die Türkei zu streichen. Diese Maßnahmen sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, kommen aber viel zu spät, weil Staatspräsident Erdoğan seine geplante autokratische Herrschaftssystem vor den Toren Europa bereits offiziell errichten konnte - mit allen zukünftigen Folgewirkungen für die Sicherheit der EU.

Die lange Zeit bis zum Flüchtlingsabkommen 2016 anteilnahme-lose und gleichgültige Haltung der Bundesregierung gegenüber der Türkei führte nämlich in Ankara zur Wahrnehmung, dass Deutschland und die EU über alle Menschenrechtsverletzungen und Bestrebungen zum Abbau der Demokratie schon irgendwie hinwegsehen würden. Die sanfte Gangart Berlins gegenüber Ankara interpretierte Erdoğan wohl als Schwäche und Nachgiebigkeit Deutschlands.

Sowohl Merkel als auch Erdoğan verpassten mit ihrer fehlgeleiteten Türkei- bzw. Europa-Politik eine historische Chance. Die deutsche Bundeskanzlerin verlor durch den unglaublichen Ansatz der privilegierten Partnerschaft den Einfluss auf ein derart wichtiges Land wie die Türkei, sodass Erdoğan die deutsche Kritik an seiner Politik aktuell nur noch abperlen lässt. Die mit Blick auf die Angriffe aus Ankara praktizierte deutsche Appeasement-Politik der Bundesregierung verschlimmerte nur noch die Situation im Umgang mit der Türkei und motivierte Erdoğan geradezu seine Grenzen auszureizen.

Erdoğan hingegen vertat mit seiner sunnitisch-islamischen Ausrichtung der Außenpolitik die Chance, sein Land zu einem Modell für den Nahen Osten zu entwickeln, das Islam und Demokratie harmonisch miteinander verbindet und damit internationale Anerkennung bekommt. Leider ist der EU-Beitritt der Türkei für das türkische Regime nicht mehr wie früher eine *conditio sine qua non* für eine erfolgreiche türkische Außenpolitik. Die Türkei entschied sich stattdessen von ihrer ursprünglich friedlichen Außenpolitik zu verabschieden und nach dem Arabischen Frühling (hier: Syrienkonflikt) zu einer militärischen Außenpolitik überzugehen. Mit dem Wechsel von einer *soft power*- zu einer *hard power*-Strategie begann auch der außenpolitische Abstieg Ankaras. So

---

63. „Bundesregierung kündigt Neuausrichtung der Türkei-Politik an“, *Die Welt*, 20. Juli 2017, verfügbar auf [www.welt.de](http://www.welt.de).

entwickelte sich die Türkei von einer aufstrebenden Regionalmacht zu einem unberechenbaren Problemland.<sup>64</sup>

Das Geschehene kann nicht mehr rückgängig gemacht werden und letztlich kann auch über eine politikwissenschaftliche Analyse hinaus nicht exakt festgestellt werden, ob sich die Türkei mit der Fortsetzung der glaubhaften EU-Beitrittsperspektive von Rot-Grün erfolgreicher entwickelt hätte. Aus dem Blick sollte in diesem Kontext daher nicht geraten, dass ein Großteil der AKP-Führung in ihrem Handeln die Demokratie bis heute nicht wirklich verinnerlicht hat. Die Regierungspartei hatte zum EU-Beitrittsprozess Ankaras eher ein instrumentelles, weniger ein ideelles Verhältnis. So setzte die Regierung gemeinsam mit der Gülen-Bewegung die von Brüssel geforderten Reformvorgaben (beispielsweise Einflussbegrenzung des Militärs in der Politik) erfolgreich als außenpolitischen Hebel für ihren eigenen innenpolitischen Machtaufbau gegenüber dem kemalistischen Staatsapparat ein. Nicht ohne Grund nimmt in jüngster Zeit die türkische EU-Kritik an Schärfe zu. Denn eine sich unter dem Erdoğan-Regime zu einer vermeintlichen neo-osmanischen Großmacht entwickelnde Türkei hat wenig Interesse, einen Teil ihrer nationalen Souveränität an die EU abzutreten und ihre Macht mit zum Teil zerstrittenen Unionsmitgliedern zu teilen.

Dennoch ist die Türkei – wie an der Flüchtlingsfrage deutlich wurde – geopolitisch ein viel zu bedeutendes Land, als dass Deutschland und die EU es seinem eigenen Schicksal überlassen sollten. Ob die Türkei zum Beispiel den Kurdenkonflikt wegen ihres ausgeprägten Nationalismus nicht lösen kann und sie durch einen Bürgerkrieg oder gar einen Staatszerfall am Ende die Sicherheit Europas gefährdet, darf Deutschland nicht gleichgültig sein.<sup>65</sup> Nicht ohne Grund rutscht die Türkei nach dem ‚Index der failed states‘ der US-amerikanischen Denkfabrik Fund for Peace von Platz 79 (2016) weiter auf Platz 64 (2017) in die Kategorie „erhöhte Warnung“, nach dem Global Peace Index (2017) befindet sich die Türkei auf Platz 146 unter 163 Staaten und die Zeitschrift *Foreign Policy* (2017) zählt aktuell die Türkei – nach der Konfliktregion Syrien/Irak – zur weltweit zweitgefährdetsten Konfliktzone.<sup>66</sup>

64. B. Çopur, „Aufstieg und Fall der Türkei im Nahen Osten“, in: Y. Yoldaş, B. Gümüş und W. Gieler (Hrsg.), *Die neue Türkei, Eine grundlegende Einführung in die Innen- und Außenpolitik unter Recep Tayyip Erdoğan*, Frankfurt, Peter Lang, 2016, S. 243-260.

65. G. Gürbey, „Erneute Gewalteskalation im türkisch-kurdischen Konflikt“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9-10/2017, S. 10-17.

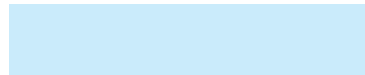
66. „Fragile States Index 2017“, vgl. [fundforpeace.org](http://fundforpeace.org) ; „Global Peace Index 2017“, vgl. [visionofhumanity.org](http://visionofhumanity.org) ; „10 Conflicts to Watch in 2017“, *Foreign Policy* 2017, verfügbar auf: [foreignpolicy.com](http://foreignpolicy.com).

Die Erdoğan'sche Machtpolitik führt unmissverständlich vor Augen, dass es mit einer unter seiner Kontrolle stehenden AKP – auch bedingt durch die schwerwiegenden Korruptionsvorwürfe und eklatanten Menschenrechtsverletzungen – kein Zurück zur Demokratie und zum Rechtsstaat geben wird. Deutschland muss deshalb einen Strategiewandel in seiner Türkeipolitik einleiten. Einerseits dem türkischen Regime bei aggressiven Angriffen deutlich und unmissverständlich die Grenzen aufzuzeigen und andererseits zu versuchen, die türkische Opposition und Zivilgesellschaft mehr als bisher zu stärken. Die EU sollte zum Beispiel die CHP (Republikanische Volkspartei) dabei unterstützen, dass sie sich unter ihrem Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu von einer ehemaligen Staatspartei zu einer pluralistisch-sozialdemokratischen Partei transformiert. Genauso benötigt die HDP als drittgrößte Oppositionspartei mehr europäische Solidarität, insbesondere mit Blick auf die Kurdenfrage. Die Förderung der Zivilgesellschaft war zwar seit langem Bestandteil der Verhandlungen der EU mit der Türkei, sollte aber mit größerem Nachdruck versehen werden. Gerade mit Blick auf die Folgen des Verfassungsreferendums vom 16. April 2017 und der möglichen Einführung der Todesstrafe ist diese Forderung wichtiger denn je. Der geplante Ein-Mann-Staat Erdoğan's droht das bereits schwache demokratische Fundament der Türkei endgültig zu zerstören und zu noch mehr Instabilität und Krisen zu führen. Deshalb sollte Berlin schnell handeln und sich insbesondere für die friedliche Lösung der Kurdenfrage und die Förderung der oppositionellen Kräfte in der Türkei stark machen. „Wenn hinten, weit, in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen“: diese bekannte Verszeile aus Goethes Faust kann heutzutage keinesfalls so gelesen werden, als ob die Geschehnisse weit weg wären und Deutschland sich daher nicht darum zu kümmern bräuchte. Ein zweites Syrien vor den Toren Europas wäre für Deutschland wie für die EU ein Horrorszenario. Diese Gefahr für Europa existiert aber – und ist spätestens nach dem beabsichtigten Umbau der Türkei zu einer Autokratie näher als man denkt.

# Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- N. Renvert, [Le paysage allemand des fondations et think tanks. Le conseil en politique étrangère en Allemagne](#), Notes du Cerfa, n° 139, Ifri, Juli 2017.
- A. Salles, [Entre vieillissement et migrations : la difficile équation allemande](#), Notes du Cerfa, n° 138, Ifri, Juni 2017.
- H. Stark, [Alternative für Deutschland : quels risques pour l'Allemagne ?](#), Notes du Cerfa, n° 137, Ifri, März 2017.
- B. Lestrade, [L'introduction du salaire minimum en Allemagne : un premier bilan](#), Notes du Cerfa, n° 136, Ifri, Februar 2017.
- E. Bonse, [L'Europe après le Brexit : positions et perspectives allemandes](#), Notes du Cerfa, n° 135, Ifri, Januar 2017.
- B. Kunz, [Le Livre blanc allemand 2016. La consolidation du "consensus de Munich" et des questions qui persistent](#), Notes du Cerfa, n° 134, Ifri, Oktober 2016.
- S. Aykut, [Champions climatiques ? France, Allemagne et Europe dans les négociations sur l'Accord de Paris sur le climat](#), Visions franco-allemandes, n° 27, Mai 2016.





**ifri**

institut français  
des relations  
internationales

